

Zeitschrift: Reihe Kriminologie / Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie =
Collection criminologie / Groupe suisse de travail de criminologie

Herausgeber: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie

Band: 15 (1997)

Vorwort: Vorwort = Préface

Autor: Bauhofer, Stefan / Bolle, Pierre-Henri / Dittmann, Volker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VORWORT

Seit den frühesten Kulturen und möglicherweise überall auf der Welt haben Menschen über spezifische, bewusstseinsverändernde Wirkungen von Substanzen, die in der Pflanzenwelt vorkommen, Bescheid gewusst. Dieses Wissen wurde von Heilern, Magiern, Priestern tradiert und stand einer Vielzahl von Individuen offen: zur Stimulation oder Besänftigung, Heilung, spirituellen Erfahrung. In den späten Sechzigerjahren unseres Jahrhunderts löste die Wiederentdeckung solcher Erkenntnisse eine merkwürdige Dichotomie der Werthaltungen aus. Für die einen lag ein stilles, friedliches Licht auf der Welt der Drogen; ein böses, magisches Flackern ging für andere von dieser «Gegenkultur» aus. Als solche wurde eine Kultur empfunden, die sich erst in *statu nascendi* befand – ganz anders als etwa die Welt des Weines.

Natürlich argumentierte niemand, der ernstgenommen werden wollte, mit dem Begriff «böse», und längst vergessen waren die «Blumen des Bösen», wie auch die «Künstlichen Paradiese» von Beaudelaire. Operiert wurde mit einem ganzen «Arsenal von Schäden für Leib und Seele». Mit seltener Übereinstimmung der Auffassungen konnte das Parlament – gestützt auf Vertreter der Justiz, des Strafrechts, der Medizin und der Psychiatrie das Betäubungsmittelgesetz Mitte der Siebziger Jahre erheblich verschärfen: Fortan war im Regelfall auch der blosse Konsum unter Strafe gestellt – es sei denn, das Gericht nehme von Strafe Umgang. Nicht einmal scheinbar waren damit die mit Drogenhandel und -konsum entstandenen Probleme gelöst. Schon gar nicht das Phänomen einer sich rebellisch gebärdenden Jugend oder einer umsichgreifenden Apathie und Orientierungslosigkeit vieler jüngerer Menschen. Waren nur diese ohne Horizonte? Traf dies nicht auch für die damaligen Politiker zu, die einer tänzelnden Kompassnadel folgten, die trügerisch auf Repression zeigte? Fortan sahen sich beide – die auf eine einfache *unio mystica* hoffenden jungen Drogenkonsumenten und die Vertreter eines strengen, aber ge-

rechten Vaters Staat – in eine «sado-masochistische Beziehung» (Hämmig) verstrickt, etwas pointiert ausgedrückt.

Die in mannigfachster Weise miteinander verflochtenen unerwünschten Folgen dieser Konfrontation brauchen hier nicht vorweg aufgelistet zu werden. Wenn beispielsweise heute häufig davon die Rede ist, dass in der Schweiz die Drogenrepression jährlich eine halbe Milliarde Franken koste (Estermann), erstaunt das nur jene, die sich noch nie Gedanken darüber gemacht haben, was Repression eigentlich bedeutet: Ein aussergewöhnlich intensives psychisches beziehungsweise physisches Verlangen mit den Mitteln des Strafrechts, mithin auch des Freiheitsentzugs, unterdrücken zu wollen. Wenn wir aber – Neurowissenschaftlern folgend – feststellen, dass durch den Konsum von verbotenen oder legalen Drogen ein nach Wiederholung drängender «Belohnungsanreiz» (Seidenberg) geschaffen werde, fällt es schwer, staatlichen Verboten ihre völlig dominante Stellung im Umgang mit diesen Stoffen weiterhin unkritisch zuzubilligen. Ohne staatliche Repression sei Drogenpolitik undenkbar, hält ein Staatsanwalt dagegen. Auch wenn der Gefängnisaufenthalt nichts nütze, sei die Repression als Drohung ein wirkungsvolles Instrument im Sinne der «peur du gendarme» (Béguin). Ganz anders jedoch die Erfahrung eines Richters: Die Drogenjustiz habe «... bisher allzu viel Gewalt, Leid und Unheil verursacht», ohne dass dadurch der unerlaubte Verkehr mit Betäubungsmitteln unterdrückt werden konnte (Albrecht). Drogenkonsum wurde über Jahre hinweg weitgehend mit Drogensucht gleichgesetzt und erschien als völlig neues und höchst gefährliches Phänomen. Währenddem Vertreter einer Entkriminalisierung immer wieder den Vergleich mit Alkoholkonsum und -sucht und dem Umgang mit Tabakprodukten ziehen – Rechtsgleichheit ist ein kostbares Gut – (Schultz), wird dies, wie angetönt, von deren Gegnern schroff abgelehnt: Genug der Permissivität! Dabei sind auch bei Verantwortlichen, die direkt die Durchsetzung von aktuellen Drogenpolitiken prägen, die Akzente verschieden. Die Vorsteherin eines kantonalen Gesundheitsdepartementes hält die Repression «... nur als Beitrag zur Prävention für sinnvoll»,

weil sie den «... Zugang zu illegalen Suchtmitteln erschweren und die Erfassung von Neueinsteigern erleichtern soll». Und: «Die Strafbarkeit des Drogenkonsums ist gesundheitspolitisch von untergeordneter Bedeutung» (Mörikofer). Für den Chef des Polizeidepartementes eines anderen Kantons sind die Auswirkungen der Bestrafung gesundheitspolitisch negativ (Schild). Beide sind – in nuancierter Form – für einen Verzicht auf die Bestrafung des Drogenkonsums.

Dass die Einnahme von psychotropen Substanzen – insbesondere sogenannter harter Drogen – keineswegs und gleichsam automatisch zu sofortiger und auswegsloser Sucht, verbunden mit physischer und psychosozialer Verelendung führt, ist erst in den letzten Jahren allmählich zur gesicherten Erkenntnis geworden. Bei genauerem Hinsehen hat man feststellen können, dass die Wirklichkeit vielfältiger ist und weit mehr nichtkriminelle und weniger selbst- oder fremdschädigende Handlungsspielräume offenstehen. Dies hat nun in Ansätzen dazu geführt, dass von den Behörden des Bundes und der betreffenden Kantone bewilligte und wissenschaftlich begleitete Modellversuche durchgeführt wurden. Nun liegen Auswertungen dieser im europäischen Umfeld erstmaligen Experimente vor und zeitigen erstaunliche Resultate. Die kontrollierte Abgabe von Opiaten an Schwerstsüchtige hat sich insofern bewährt, als sich die gesundheitliche und soziale Situation dieser Gruppe von Konsumierenden verbessert hat und die (Beschaffungs-) Delinquenz zurückgegangen ist (Killias/Rabasa). Letztlich würden solche Ergebnisse jenem Strafrechtsprofessor Recht geben, der schon vor über 20 Jahren davor dazu aufgerufen hat, das Strafrecht nie zu anderen Zwecken einzusetzen als zur Wahrung der Rechtsgüter anderer Menschen. Selbstschädigendes Verhalten unter Strafe zu stellen, wie dies in der Drogenpolitik in der Schweiz geschah, «... ist ein Musterbeispiel solcher strafrechtlicher Panikreaktion!» (Schultz).

Man kann sich die Frage stellen, ob hinter Selbst- und Fremdschädigung, hinter «Volksgesundheit» und Kostenrechnungen nicht weit tiefer liegende Werthaltungen versteckt angesiedelt sind: Es wurde

ein Gesetz geschaffen, es soll durchgesetzt werden: *dura lex – sed lex*. Auf einer dem rationalen Diskurs allzustark entzogenen Ebene findet ein diffuses Bewerten dessen statt, was unsere Gesellschaft ertragen könne, was zum Grundkonsens des Zusammenlebens gehöre. Geht es um die symbolische Bekräftigung von «kollektiven Werten von Gesellschaft, Gemeinschaft und Staat» (Haffke)? Eine Frage nach einem nur erahnbaren Gesellschaftsvertrag? Wieviel Wandel ist nötig, möglich – und in welchen Zeiträumen, unter welchen Bedingungen?

Die **Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie** führte in der Zeit vom 12. bis 14. März 1997 in Interlaken ihre 26. Tagung durch und widmete sie der hier nur unvollständig skizzierten Thematik. Dieser Sammelband gibt die in Interlaken gehaltenen Referate wieder.

Es war keineswegs die Idee der Veranstalter, die ganze breite Palette von Auffassungen, Erfahrungen und Forschungsergebnissen abdecken zu wollen, und notgedrungen war die Auswahl der Themen und Referentinnen und Referenten selektiv. Immerhin haben die auf einige Beiträge gestreuten Streiflichter gezeigt, dass dem Meinungspluralismus innerhalb einer Auslese kompetenter Vertreter der Medizin, Justiz, Kriminologie und Politik Rechnung getragen wurde. Dass auf die Einladung von wenig sachkundigen populistisch argumentierenden Zeitgenossinnen und -genossen verzichtet wurde, hängt mit dem Niveau zusammen, das der Diskussion und auch unseren Publikationen angemessen erscheint.

Im Titel der Publikation wird ausgesprochen, was nun – besonders im Hinblick auf wichtige Volksabstimmungen und nachfolgende Debatten in der Schweiz – geschehen könnte: Dogmatische Verhärtung oder behutsame Öffnung bei der Suche nach neuen Wegen in der Drogenpolitik. «Änderung in Richtung der Entkriminalisierung von Drogenkonsum und -Besitz, und das möglichst bald» – so fordert begreiflicherweise ungeduldig in seinem Einleitungsreferat der schon

lange mahnende Schultz. Der viel jüngere Jenny, in der Sache zustimmend, verweist auf die Gefahr der Allegorie der «Weichenstellung» à la Bahnhofvorstand, der immer weiss, wohin die Reise des Zuges führt, wenn er den Hebel drückt. Der drogenpolitische Diskurs wird allmählich vorurteilsloser und (Selbst-)Täuschungen werden häufiger als solche erkannt – etwa die Mär von der Abschreckung und jene einer generellen drogentherapeutischen Wirkung des Strafvollzugs. Noch ehrlicher nachzudenken und zu diskutieren lohnt sich.

Die Herausgeber sahen sich in der Lage – dank der Unterstützung durch Frau Myriam Engler und Herrn Ernst Leuenberger vom Rüegger Verlag – in diesem Band die Manuskripte zu vereinen, die von den Referentinnen und Referenten innerhalb einer kurzen Frist zur Verfügung gestellt wurden. Zudem hat Frau Renie Maag durch ihren Einsatz im Administrativen einen grossen Beitrag zum raschen Erscheinen dieses Buches beigetragen. Ihnen allen gilt ein herzlicher Dank!

Stefan Bauhofer

Pierre-Henri Bolle

Volker Dittmann

PRÉFACE

De tout temps et sans doute partout au monde, les hommes ont consommé des substances naturelles ayant des effets spéciaux sur la conscience. Ce savoir a été transmis par des guérisseurs, des magiciens ou des prêtres et un grand nombre de personnes en usaient dans des buts divers: stimulation ou calmant, guérison, expériences spirituelles. A la fin des années soixante de ce siècle, curieusement, la redécouverte de ces connaissances suscita des jugements de valeurs totalement opposés. Pour les uns, le monde des drogues baignait dans une lumière pacifique et tranquille. Pour les autres, cette «contre-culture» se présentait sous un jour maléfique et détestable. A ce titre, elle était ressentie comme une culture *in statu nascendi*, à la différence de ce qui se passe, par exemple, avec le vin.

Bien sûr, personne ne parlait de culture «mauvaise», sous peine de ne pas être pris au sérieux. Baudelaire, ses fleurs du mal et ses paradis artificiels étaient oubliés depuis belle lurette. On se référait plutôt alors aux nuisances que les drogues infligent à la santé physique et mentale. Au milieu des années soixante-dix, le parlement, d'un commun accord, allait considérablement durcir la législation fédérale sur les stupéfiants en se basant sur l'avis des représentants de la justice, des pénalistes, des médecins et des psychiatres. Désormais, la simple consommation serait aussi punissable, étant entendu que les juges pouvaient, le cas échéant, renoncer à sévir. Cela n'a pas résolu les problèmes découlant du trafic et de la consommation de drogues. Restait le phénomène d'une jeunesse en rébellion, d'adolescents apathiques et désorientés. Mais étaient-ils les seuls à souffrir d'un manque de perspectives? Les politiciens de l'époque n'étaient-ils pas dans la même situation, qui, déboussolés par des apparences trompeuses, optaient pour la répression? Dès lors, on a pu prétendre, de façon quelque peu exagérée, que s'était tissée une «relation sado-masochiste» (Hämmig) entre une jeunesse consommatrice de drogues et rêvant d'une élémentaire union mystique, et les représentants d'un Etat paternaliste, sévère mais juste.

Il n'est pas besoin ici de dresser la liste des conséquences complexes et contradictoires de cette confrontation d'idées. Certains avancent que la lutte contre la drogue coûte un demi-milliard de francs à la Suisse chaque année (Estermann). Un tel coût n'étonnera que ceux qui ne se sont jamais demandé ce que signifie vraiment la répression: vouloir, au moyen du droit pénal, y compris de la privation de liberté, mâter un besoin psychique aussi bien que physique d'une intensité extraordinaire. Si, à la suite des neurologues, nous constatons cependant que la consommation répétée de drogues légales ou interdites conduit à l'apparition chez le consommateur d'un désir obsessionnel de récompense (Seidenberg), il est difficilement acceptable de reconnaître encore pleinement à ce type d'interventions imposé par l'Etat, un rôle déterminant dans l'usage de ces substances. Mais sans répression, point de politique de la drogue, prétend au contraire un procureur général pour qui, même si un séjour derrière les barreaux ne sert à rien, la répression est une menace efficace, qui joue le rôle bien connu de la peur du gendarme (Béguin). A quoi s'oppose l'expérience d'un juge, pour qui la justice, dans les affaires de drogues «... a causé jusqu'ici bien trop de violence, de souffrance et de malheur», sans pour autant se révéler capable d'influer sur le trafic illicite de stupéfiants (Albrecht).

La simple consommation de drogues, mise sur le même pied que la toxicodépendance, est apparue comme un phénomène dangereux, complètement nouveau. Alors que les tenants de la décriminalisation se réfèrent obstinément à leur comparaison avec la consommation d'alcool et l'alcoolisme, voire avec la fumée (Schultz) – l'égalité devant la loi a bien des adeptes – ce genre d'arguments est résolument rejeté par leurs adversaires, qui tordent le cou à la permissivité! Et les divergences d'avis des responsables de la politique actuelle en matière de drogues sont tout aussi spectaculaires. La cheffe d'un département cantonal de la santé «n'accorde de sens à la répression qu'en tant que contribution à la prévention», car «elle permet d'entraver l'accès aux stupéfiants illégaux et d'empêcher l'apparition de nouveaux adeptes». Et d'autres d'affirmer que «le fait de

punir les consommateurs de drogues est négligeable en termes de politique de la santé» (Mörikofer). Selon le chef du département de la justice d'un autre canton (Schild), les effets de la prévention de la consommation de drogues seraient même négatifs, toujours en termes de politique de la santé. Les uns et les autres rejettent, quoique avec des nuances, la répression de la consommation de drogues. La consommation de substances psychotropes – en particulier de drogues dures – ne conduit en aucun cas à une dépendance immédiate et irréversible et à un appauvrissement physique et psychosocial du consommateur. Cette constatation est cependant très récente, mais repose sur des connaissances fondées.

Une appréhension plus attentive des réalités a conduit à des constatations plus nuancées. On met davantage l'accent sur la liberté individuelle dont l'exercice ne doit pas être entravé par une intervention pénale, et sur la responsabilité personnelle envers soi-même et envers autrui. Cela a conduit les autorités de la Confédération et des cantons concernés à mettre sur pied des expériences pilotes scientifiquement fondées. Nous disposons – et c'est une première en Europe – de l'évaluation de ces expérimentations, dont les résultats sont surprenants. L'administration sous contrôle d'opiacés à des toxicodépendants profonds se justifie, pour autant qu'elle permette d'améliorer la situation médicale et sociale de ce type de consommateurs et de réduire la délinquance, du moins d'acquisition (Killias/Rabasa). Ce qui a récemment donné raison à un éminent pénaliste qui, voici plus de vingt ans, rappelait que le droit pénal ne doit pas avoir d'autre fin que de protéger les biens juridiques d'autrui, et qui prétendait déjà que la criminalisation des comportements dirigés contre soi-même, préconisée par la politique criminelle suisse, «est l'exemple typique d'une inflorescence législative pénale de panique» (Schultz).

Se pose alors la question de savoir si, derrière ces considérations en matière de dommages infligés à soi-même et à autrui, en matière de «santé publique» ou en matière, tout simplement, de coûts sociaux, ne se cachent pas des jugements de valeurs plus profonds: du mo-

ment qu'une loi a été promulguée, il faut l'appliquer: *dura lex sed lex*. Dans un domaine où le rationnel règne moins souvent qu'à son tour émerge peu à peu et de façon diffuse le sentiment de ce que notre société peut supporter et de ce qui fonde un consensus en matière de vie commune. En va-t-il de la consolidation symbolique des «valeurs collectives de la société, de la communauté et de l'Etat» (Haffke)? La question se pose-t-elle du respect d'un soi-disant contrat social? Quelle est la marge de manoeuvre nécessaire, possible? De combien de temps disposons-nous? Et quelles sont les conditions à respecter?

Le **Groupe suisse de travail de criminologie** a consacré son 26ème Congrès (Interlaken, du 12 au 14 mars 1997) à la politique de la drogue, dont nous venons d'esquisser certains thèmes. Le présent volume collectif en réunit les actes. Aux yeux des organisateurs, il ne s'agissait nullement de couvrir l'ensemble des conceptions, expériences et recherches. Il leur a fallu sélectionner thèmes et contributeurs et privilégier les pistes de réflexion susceptibles de garantir le pluralisme des conceptions. Ce faisant, ils ont donné la parole à des représentants de la médecine, de la justice, de la criminologie et de la politique. C'est dans le même esprit, et dans le but de garder aux débats et au présent volume un niveau approprié, qu'ils ont renoncé à convier à Interlaken ceux qui, aujourd'hui, fondent leurs idées et leurs actions, dans ce domaine, sur une base plus populiste et dénuée de toute légitimité scientifique.

Compte tenu tout particulièrement des prochaines votations populaires importantes et des débats qui s'ensuivront en Suisse, le titre de ce volume est révélateur de ce qui nous attend: notre politique en matière de drogues connaîtra-t-elle une crispation dogmatique, ou bien une ouverture circonspecte à de nouvelles perspectives? Répétant ce qui est son antienne, et avec une impatience bien compréhensible, Schultz, dans son exposé introductif, plaide pour «le changement et la décriminalisation de la possession et de la consommation de drogues, et cela, dès que possible». Et Jenny, de beaucoup

son puiné, abonde dans ce sens, mais avec d'autres arguments et en attirant l'attention sur le fait qu'il faut se méfier de toute solution simpliste. Ainsi, les discussions sur la politique de la drogue se dépouillent peu à peu de leurs idées préconçues et trompeuses et notamment des illusions fondées sur l'épouvantail de la répression et le soi-disant effet thérapeutique général de l'exécution de la peine. Il convient dorénavant de mener des réflexions et des discussions plus honnêtes.

Une fois de plus, le Congrès du **Groupe suisse de travail de criminologie** a bénéficié de l'aide financière du Canton de Berne. De même, le Fonds national suisse de la recherche scientifique a soutenu la manifestation par une contribution. Que tous deux trouvent ici l'expression de notre vive gratitude!

Les éditeurs – avec l'aide de Madame Myriam Engler et Monsieur Ernst Leuenberger des Editions Rüegger – ont pu réunir dans ce volume les manuscrits fournis dans de brefs délais par les conférenciers. Madame Renie Maag a en outre largement contribué, par son engagement dans le domaine administratif, à la parution rapide de cet ouvrage. Que toutes et tous en soient ici remerciés!

Stefan Bauhofer

Pierre-Henri Bolle

Volker Dittmann

